

Wahlprüfsteine – Neun Fragen zur Landratswahl

Hier die Antworten:

Die Antworten von Hr. Altekrüger (CDU) wurden uns freundlicherweise schriftlich übermittelt.

Die Antworten von Hr. Friese (Amtsinhaber, SPD) sind verkürzte Wiedergaben seiner mündlich im persönlichen Gespräch gegebenen Antworten auf die Fragen.

Die Antworten von Hr. Pagel (Die Linke) wurden fristgemäß ebenfalls schriftlich übermittelt.

Wir geben die einzelnen Antworten ohne Wertung wieder. Es bleibt jedem Leser überlassen, sich ein Bild zu machen, insbesondere zu Inhalt und Bezug der Antwort zur eigentlichen Frage.

Frage 1:

Das Thema Braunkohle ist – auch aus bündnisgrüner Sicht – eines der wichtigsten im Landkreis. Während bereits heute rund 10% der Fläche des Landkreises durch bestehende Tagebaue in Anspruch genommen werden, soll sich durch Aufschluss von weiteren vier Tagebauen im Landkreis dieser Anteil auf rund ein Siebtel erhöhen. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu den immer weniger Arbeitsplätzen in der Braunkohle, weiterhin vorhandener Abwanderung und der Tatsache, dass trotz dieser immensen „bewirtschafteten“ Fläche nachhaltiger Wohlstand für die Region nicht im Ansatz erkennbar ist? Wie wollen Sie die durch Klimaschutzkosten perspektivisch sinkenden Gewerbesteuererinnahmen und Beschäftigtenzahlen aus der Braunkohle durch andere Industrien oder Arbeitsplätze kompensieren?

Antwort Hr. Altekrüger:

Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung wird auf absehbare Zeit ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor in unserer Region bleiben. Dieser Industriezweig bietet derzeit noch regional die meisten direkten und indirekten Arbeitsplätze. Kurzfristig muss dafür gesorgt werden, dass die Verstromung sauberer geschieht, z. B. mit Hilfe der CCS -Technik. Langfristig müssen wir die Stromversorgung durch alternative Energiegewinnung sichern. Der Konzern Vattenfall macht heute enorme Gewinne mit der Braunkohleverstromung in der Lausitz.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass als Ausgleich für die überdimensionale territoriale Beanspruchung unseres Kreises ein Entschädigungsfonds eingerichtet wird, der durch den Konzern gespeist wird. Diese Mittel sind für den industriellen Umbau der Region, für Unternehmensansiedlungen und Schaffung von modernen und innovativen Arbeitsplätzen zu verwenden.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Wir belegen inzwischen nicht mehr die letzten Plätze bei den deutschlandweiten Landkreis-Vergleichen. Insbesondere durch die Kohle sind wir bisher weitgehend unbeschadet durch die Wirtschaftskrise gekommen. Das neueste Focus-Ranking sieht uns bereits auf Platz 308 von rund 430 Landkreisen.

Dass die Arbeitsplätze in der Kohle abnehmen, ist dem Unternehmen nicht anzukreiden. Schließlich muss in jeder Branche rationalisiert und automatisiert werden. Bei gleicher Produktion führt das zu sinkenden Arbeitsplatzzahlen.

Die Kohle sichert in der Region etwa 8000 Arbeitsplätze, dazu kommen 2 bis 2,5 mal so viele indirekt Beschäftigte.

Antwort Hr. Pagel:

Für mich ist diese Frage so perspektivlos gestellt.

Richtig ist, dass in den Tagebauen und Kraftwerken immer weniger Arbeitsplätze vorgehalten werden. Richtig ist auch, dass unser Landkreis auf Grund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze dramatisch von dem Problem der Abwanderung und der damit verbundenen Überalterung der Bevölkerung übertroffen ist.

Auch zukünftig wird die Energiepolitik eine zentrale Querschnittsaufgabe für unsere Region bleiben. In diesem Kontext wird die Frage nach neuen Tagebauen weiter kontrovers diskutiert.

Als Landrat ist es für mich wichtig, die Interessen der Menschen zu achten und durch meine Politik ein selbstbestimmtes Leben zu garantieren. Ein sicherer Arbeitsplatz gehört für mich dazu genauso wie die Sicherheit der identitätsstiftenden Heimat.

Deshalb trete ich für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein und bin gegen die Inanspruchnahme weiterer Orte.

Bis 2040 reicht die Kohle der bislang erschlossenen Tagebaue. In dieser Zeit können Arbeitsplätze erhalten und neue im Bereich der regenerativen Energien geschaffen werden. Die Menschen in der Region müssen so weder Arbeitslosigkeit fürchten noch ihre Heimat verlieren.

Ich werde die Landesregierung daran erinnern, dass sie in diesem Zusammenhang ihre entsprechenden landespolitischen Möglichkeiten nutzen muss, um weitere Um-siedlungen zu verhindern.

Frage 2:

Wollen Sie den Umbau der Energieversorgung und der Arbeitsplätze im Landkreis hin zu Erneuerbaren Energien unterstützen? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen?

Antwort Hr. Altekrüger:

Alternative Technologien zur Energiegewinnung und insbesondere zur Energieeinsparung sind zu fördern und zu unterstützen. Der Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbarer Energieerzeugung wird aber nicht alle vorhandenen Arbeitsplätze ersetzen können. Wir müssen Arbeitsplätze auch in anderen Industriezweigen schaffen. Die Ansiedlung der Papierindustrie in unserem Landkreis ist ein guter Anfang. Die vorbereitenden Untersuchungen für den Kupferbergbau sind vielversprechend. Hier bieten sich Alternativen für den Ausbau weiterer Wirtschaftsfaktoren. Auch der Ausbau touristischer Projekte in unserer Region muss weiter vorangetrieben werden, um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen.

Aber insbesondere sind es die innovativen, neuen Technologien, die wir, nicht zuletzt mit Hilfe unserer Universitäten in unsere Region bringen müssen. Dabei sehe ich auch die Landesregierung in hoher Verantwortung

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Heute haben wir im Landkreis sehr wenige Beschäftigte in den Erneuerbaren. Wir waren nicht untätig, haben z.B. in der Lieberoser Heide große Flächen für den Solarpark bereit gestellt. Aber zum Beispiel heute, bei Schnee, wird dort so gut wie kein Strom produziert. Arbeitsplätze sind dadurch so gut wie keine geschaffen worden.

Im neuen Regionalplan Wind sind wir mit Flächen in SPN beteiligt.

Die Braunkohle ist mir immer noch lieber als Atomkraftwerke mit ihrer ungeklärten Endlagerfrage, und sicherer allemal.

Grundsätzlich begrüßen wir Ansiedlungen aus der Branche der Erneuerbaren, so wie aus jeder anderen Branche auch. Aber durch die geographische Randlage ist es für uns schwer, Neuansiedlungen zu bekommen.

Antwort Hr. Pagel:

Die Landesregierung steht in der Pflicht, den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Koalitionsvertrag haben sich beide Partner auf eine Formulierung geeinigt, die erneuerbaren Energien den Vorrang gibt.

Ich werde die Landesregierung wie in der Frage 1 bereits dargestellt, daran erinnern.

Frage 3:

Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass in Zukunft kein Bürger durch die Auswirkungen der Kohle schlechter gestellt wird als das ohne die Kohle der Fall wäre (Umsiedlungen und Randbetroffene)? Wenn ja, wie?

Antwort Hr. Altekrüger:

Über die Folgen und Notwendigkeiten des Braunkohleabbaus muss intensiv diskutiert und vernünftig das Machbare abgewogen werden. Umsiedlungen sollten weitestgehend vermieden werden. Wenn sie doch notwendig werden, dann mit entsprechender Entschädigung für die Betroffenen und einer Unterstützung und Nachsorge über einen längeren Zeitraum.

Die Diskussion über die Bedürfnisse der vom Abbau Betroffenen und die Randlagenbetroffenheit ist mir gleich wichtig. Die Menschen, die mit dem nahen Tagebau über einen langen Zeitraum leben müssen, bedürfen der gleichen Aufmerksamkeit, wie die, die von Umsiedlung betroffen sind. Notwendige Maßnahmen, z.B. über den Erhalt der Infrastruktur, die Wasserversorgung oder den Lärmschutz sind hier ebenfalls mit allen Beteiligten vertraglich zu regeln.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Es darf in diesem Zusammenhang nicht von Vertreibung gesprochen werden, dagegen wehre ich mich. Umsiedlungen sind unbestritten ein psychologisch schwerwiegender Vorgang. Materielle Entschädigungen sind angemessen zu gewähren.

Beim Thema Randbetroffenheit ist es Sache des Unternehmens, Entschädigungen zu gewähren, falls es hier etwas zu entschädigen gibt. In gewisser Weise gehört das aber zum Lebensrisiko jedes Einzelnen, schließlich kann man auch in Randlage einer Autobahn oder eines Flughafens kommen.

Wir befinden uns in Verhandlungen mit dem Unternehmen, dass in der Region mehr hängen bleibt. Bisher funktioniert das schon recht gut, Beispiele sind Unterstützungen bei Radwegen, Schulen sowie eine von Vattenfall bezahlte Stelle in der neuen Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH.

Antwort Hr. Pagel:

Auch hier ein eindeutiges „Ja“ von mir. Die hier beschriebene Situation unterstellt jedoch erneut das negative Szenarium. Über den Sonderausschuss Braunkohle des Kreistages ist viel stärker als bisher das Unternehmen Vattenfall in die Pflicht zu setzen, um die negativen Auswirkungen auch der Randbetroffenen deutlich zu minimieren.

Frage 4:

Wie beurteilen Sie die bestehende betriebliche Struktur der Landwirtschaft im Spree-Neiße-Kreis? Welche Richtung streben Sie für die Entwicklung der Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung an?

Antwort Hr. Altekrüger:

Die bestehenden landwirtschaftlichen Strukturen haben sich aus meiner Sicht bewährt und sind krisenfester als erwartet wurde. Für die Zukunft ist entscheidend, dass die Bauern für ihre Produkte einen auskömmlichen Erlös erzielen. Neben den größeren Agrargenossenschaften und den industriell produzierenden Landwirtschaftsbetrieben brauchen wir auch die landwirtschaftlichen Kleinunternehmen. Gerade im Spreewald müssen wir uns bemühen, die vorhandenen kleinteiligen Strukturen zu erhalten, die den Reiz des Spreewaldes ausmachen. Für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes benötigen wir ein nachhaltiges Konzept für die Gestaltung des Lebens in unseren Dörfern. Durch die Verknüpfung von Landwirtschaft, Umwelt und Tourismus können Arbeitsplätze erhalten und geschaffen und damit der Abwanderung gerader junger Leute entgegengewirkt werden.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Meines Wissens sind wir in SPN mit rund 20% Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Spitze von ganz Brandenburg. Dieser Weg ist richtig, die Landwirte bekommen für Bio-Produkte besseres Geld und wir haben Berlin als Absatzmarkt vor der Tür.

Ländliche Entwicklung können wir u.a. mit dem Leader+ Programm fördern, hier bin ich im Vorstand an den Vergabe-Entscheidungen beteiligt. Auch durch die Euroregion Spree-Neiße-Bober sind Fördermittel nutzbar, die wir an anderer Stelle nicht verfügbar hätten.

Antwort Hr. Pagel:

In unserer Region bilden die Unternehmen der Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft ein wichtiges Standbein.

Der Kampf der Landwirte um gerechte Preise im Absatz und faire Rahmenbedingungen seitens der EU findet meine Unterstützung. Der energiepolitisch notwendige Ausbau der Bioenergieerzeugung darf das Hauptanliegen der Nahrungsgüterproduktion nicht gefährden. Darauf möchte ich im Einvernehmen mit den Landwirtschaftsbetrieben Einfluss nehmen.

Frage 5:

Wie wollen Sie die Kooperation mit Cottbus als Oberzentrum und dessen Funktion für das Umland verbessern und ausbauen?

Antwort Hr. Altekrüger:

Grundsätzlich werden die Stadt Cottbus und der Landkreis Spree-Neiße als Region wahrgenommen. Deshalb müssen wir zusammenarbeiten, wir brauchen einander. Ein Nebeneinander schwächt beide Gebietskörperschaften. Ich habe mich im Rahmen meiner Arbeit als Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes für eine Zusammenarbeit mit dem Oberzentrum Cottbus eingesetzt und werde das auch in Zukunft tun. Besonders im Bereich der Wirtschaftsförderung und der touristischen Vermarktung der Region, aber auch bei der Zusammenarbeit verschiedener Fachebenen sehe ich Chancen für eine Kooperation mit der Stadt Cottbus.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Cottbus ist nicht nötig. Im Bereich Schulen und Oberstufen ist die Kooperation sehr gut. Wir sind der Meinung, dass SPN und Cottbus zusammen gehören.

In den Bereichen Landwirtschaft, Veterinär und Volkshochschulen wäre eine intensivere Zusammenarbeit wünschenswert. Hier werden unsere Bemühungen derzeit noch nicht erwidert.

Antwort Hr. Pagel:

Zu einer meiner Wahlkampfaussagen gehört die Devise „Für ein neues Miteinander“. Dies trifft vor allem auch für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Spree-Neiße-Kreis und der Stadt Cottbus zu.

Als Landrat werde ich mich dafür einsetzen, uns mehr als bisher als gemeinsame Region zu verstehen. Das bisherige Nebeneinander hat sich eher hemmend auf eine positive Entwicklung ausgewirkt.

Als mögliches Beispiel der verbesserten Zusammenarbeit wären hier die Verzahnung der Interessen beiderseits bestehender Wirtschaftsfördergesellschaften zu nennen.

Frage 6:

Wenn Sie als Landrat alleine entscheiden könnten, welche Umschichtungen im Haushalt würden sie vornehmen? Wofür würden Sie mehr Mittel einsetzen, und an welcher Stelle soll das Geld eingespart werden?

Antwort Hr. Altekrüger:

Der Haushalt des Landkreises besteht überwiegend aus Ausgaben für Pflichtaufgaben und Ausgaben für übertragene Aufgaben. Um handlungsfähig zu bleiben, ist zu prüfen, welche Pflichtleistungen müssen erbracht werden, welche freiwilligen Aufgaben sind notwendig und welche Aufgaben können direkt in den Kommunen erledigt werden. Es ist zu prüfen, wie wirtschaftlich die kreislichen Gesellschaften, insbesondere die Wirtschaftsförderung, arbeiten und welche Beteiligungen des Kreises weiterhin notwendig sind. Die Kreisumlage muss so gestaltet werden, dass der Kreis seine Aufgaben erfüllen kann, aber die Kommunen ihren Gestaltungsspielraum erhalten.

Ich halte auch in Zukunft u.a. Investitionen im Bereich der Bildung, z.B. zur Sanierung unserer Schulgebäude für wichtig.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Diese Frage erübrigt sich, es gibt kein zusätzliches Geld zu verteilen. In diesem Jahr wird das Haushaltsdefizit stark ansteigen, verursacht durch die Lasten von Bund und Land. Unsere Haushaltserfolge durch gutes Wirtschaften in der Vergangenheit werden so zunichte gemacht.

Für Umschichtungen fehlt schlicht der Spielraum, auf die wenigen freiwilligen Leistungen für Kultur und Bildung wollen wir nicht verzichten. Es wird bereits jeder Euro mit Bedacht ausgegeben.

Antwort Hr. Pagel:

Über lange Zeit wurde auf Grund schlecht entwickelter Infrastruktur sowie negativen Bauzustandes kreiseigener Immobilien in „Beton“ investiert.

Trotz noch vorhandener Defizite bei den kreislichen Straßen, dem Radwegenetz sowie den Immobilien müssen jetzt mehr finanzielle Mittel für die „Köpfe“ bereitgestellt werden.

Dazu zählen für mich vor allem Mehrausgaben für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Frage 7:

Welche konkreten Maßnahmen haben sie für die bessere Förderung von Jugend und Bildung im Landkreis geplant?

Antwort Hr. Altekrüger:

Das Thema Bildung und der Erhalt der vorhandenen Schulstandorte im Spree-Neiße-Kreis hat für mich oberste Priorität. Die Schließung von Schulen im Ort bedeutet immer den Verlust von sozialem und kulturellem Umfeld. Ich werde deshalb die Kommunen in ihrem Engagement für den Erhalt der Schulstandorte unterstützen. Die Investitionen des Landkreises in Schulgebäude und Turnhallen der in kreislicher Trägerschaft befindlichen Gymnasien und Oberstufenzentren sind ein richtiger Schritt, um diese Schulen für Eltern und Schüler attraktiver zu machen. Für die weitere Planung der Bildungslandschaft ist eine enge Zusammenarbeit mit Cottbus zwingend erforderlich. Ich werde mich dafür einsetzen, umgehend die Gespräche wieder aufzunehmen.

Um unseren jungen Menschen eine Perspektive in unserer Region zu geben, sind Ausbildung und Arbeitsplätze notwendig. Dazu sind die vorhandenen Netzwerke Schule-Wirtschaft stärker zu nutzen und zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit den Kammern und dem Eigenbetrieb für Grundsicherung sind alle Möglichkeiten der zielgerichteten Qualifizierung und Weiterbildung besonders für junge Leute auszuschöpfen.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Für uns gehen Schüler und Schule vor Asphalt. In jedem Bereich sind Investitionen verzichtbar, nicht aber bei der Bildung. Die ganzen 4 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket haben wir in Schulen investiert.

Antwort Hr. Pagel:

1. Konzepte zur Ausbildungs- und Fachkräfteförderung, um der weiteren Abwanderung zu begegnen
2. Vernetzung der Interessen von Schule und Wirtschaft, um durch eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen der heranwachsenden Generation Zukunftschancen in der Heimat zu ermöglichen
3. Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln
4. qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schulen
5. sozial verträgliche Gebühren und Eintrittsgelder
6. Vereine und Initiativen, in denen sich Jugendliche engagieren, zu unterstützen und ihnen die gebührende Aufmerksamkeit zu geben

Frage 8:

Wollen Sie das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr verbessern? Wenn ja, wo und wie konkret?

Antwort Hr. Altekrüger:

Das Angebot im Öffentlichen Nahverkehr muss ständig den aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Besonders unsere Schülerinnen und Schüler nutzen den öffentlichen Nahverkehr. Der Fahrplan sollte daher den Bedürfnissen der Schüler Rechnung tragen und in Zusammenarbeit mit den Schulen erarbeitet werden. Aber auch unsere älteren Mitbürger sind in hohem Maß auf das Angebot des ÖPNV angewiesen. Es ist deshalb darauf zu achten, dass alters- und behindertengerechte Kriterien ausreichend Berücksichtigung finden. Hinweise und Anregungen aus der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, um eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu erreichen.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Wir finanzieren bereits 50% der Kosten des ÖPNV, mehr geht beim besten Willen nicht. Für zusätzliche Angebote ist schlicht kein Geld da.

Antwort Hr. Pagel:

Hauptziel ist für mich die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung.

Frage 9:

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen im Landkreis, und wie wollen sie diese in Ihrer Amtszeit angehen?

Antwort Hr. Altekrüger:

Der Landkreis fungiert als Mittler zwischen den Kommunen und dem Land. Er hat die Aufgabe, ausgleichend zwischen ärmeren und besser gestellten Kommunen für annehmbare Verhältnisse für die Menschen im Landkreis mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zu wirken. Diese Aufgabe sehe ich als große Herausforderung, die nur in Zusammenarbeit mit den Kommunen lösbar ist. Mein Grundsatz dabei ist, dass die Kommunen ihre Aufgaben nah am Bürger erledigen und der Landkreis sie dabei unterstützt, gleichzeitig müssen die Kommunen den Landkreis bei der Erledigung der Aufgaben unterstützen.

Für die weitere Entwicklung des Landkreises hat die Schaffung von modernen und innovativen Arbeitsplätzen oberste Priorität. Deshalb muss die kreisliche Wirtschaftsförderung auf den Prüfstand und wieder Chefsache werden. Ich möchte regelmäßige Unternehmerforen organisieren und werde mich für die Beibehaltung der gültigen Vergabepraxis einsetzen. Wichtig ist mir sowohl die Betreuung der bestehenden Unternehmen, als auch die Unterstützung von Existenzgründern und Neuansiedlungen durch zügiges und unbürokratisches Handeln.

Antwort Hr. Friese (Interview-Mitschrift):

Den Landkreis gut durch die noch nicht ausgestandene Finanz- und Wirtschaftskrise steuern.

Man darf die Möglichkeiten des Landrates aber auch nicht überschätzen. Als Verwaltungschef und politischer Vertreter des Landkreises, unter Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen, kann der Landrat nicht selbst Arbeitsplätze schaffen.

Der Posten des Landrates macht mir meistens Spaß, ich stelle mich der Herausforderungen, die kommenden schwierigen Jahre weiterhin als Landrat für SPN tätig zu sein. Mitten im Sturm wechselt kein Schiff den Kapitän.

Antwort Hr. Pagel:

1. komplizierte Haushaltssituation
 2. Arbeitsmarktsituation
 3. hohe Abwanderung und demografische Entwicklung
- Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation sind,
 - keine höhere Kreisumlage, damit auch die Gemeinden ihren Gestaltungsspielraum behalten
 - Sicherung der notwendigen Eigenmittel als Bestandteil der Kofinanzierung nach erfolgreicher Akquisition von Interreg-Fördermitteln für grenzüberschreitende Projekte
 - Verbesserung der Arbeitsmarktsituation

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Spree-Neiße



Geschäftsstelle: Tel.: 0179/2378429

E-Mail: info@gruene-spn.de

Internet: www.gruene-spn.de

- wirksame Bestandspflege durch eine Vielzahl von Gesprächen direkt mit den Unternehmern vor Ort
 - Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen vor Ort mit einer Tariftreueerklärung
 - Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
 - Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Bereich der regenerativen Energiegewinnung
 - verbesserte Zusammenarbeit mit der BTU Cottbus und der FH Lausitz zur Herstellung neuer Erzeugnisse und Technologien
-
- Abwanderung stoppen, wirksame Mittel gegen eine Überalterung der Bevölkerung
 - Bereitstellung von Arbeitsplätzen, in denen Männer und Frauen auskömmlich verdienen und selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen können
 - Vernetzung der Interessen von Schule und Wirtschaft; ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen, gleichzeitig aber auch die Leistungsbereitschaft und Motivation der Jugendlichen zu verbessern
-
-